

KOMMENTAR

Klingbeils unbeachtete Milliarden

Überall wird es finanziell knapp und knapper und deshalb lassen wir nicht locker ...

Frank Buckenhofer

Stellvertretender Vorsitzender GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll

Alleine bei Zoll und Bundespolizei fehlt es an Vielem, was in der Vergangenheit und Gegenwart Einsparungen oder Nichttätisierungen zum Opfer gefallen ist. Die Idee knapper Mittel brennt sich seit Jahren in die Köpfe verantwortlicher Haushaltsplaner. Die Folge ist ein Mangel an allem. Personal, Sach- und Einsatzmittel, Aus- und Fortbildung etc. sind auf dem Stand des gerade mal zwingend Nötigen. Die Boomer gehen nach und nach und der Nachwuchs fehlt. Schaut der Beschäftigte aber in seine marode Dienststelle, vermisst bei seinen vielen Überstunden das ausreichende Personal und quält sich mit alter Technik und schlechten oder fehlenden Einsatzmitteln, dann fragt er sich zu Recht, warum es bis heute keinen politischen Aufschrei gibt, dass man das Vermögen der Täter nicht konsequent aufspürt und einzieht.

Geld liegt auf der Straße

Für all das und vieles mehr brauchen die Sicherheitsbehörden jeden Cent – und das Geld liegt auf der Straße. Bundesfinanzminister Lars Klingbeil muss es nur aufheben. Womit? Mit einer Zoll- oder Finanzpolizei. Warum? Weil ihm sonst viele Milliarden durch die Lappen gehen, die er für die Staatsausgaben braucht und für die er keine Steuererhöhungen mehr bekommt, weil die Bürgerinnen und Bürger nicht verstehen, dass man den Schurken das Vermögen be-

lässt und es sich stattdessen bei den Redlichen holen will.

Die politischen Herausforderungen und Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger steigen und der Staat muss liefern. Eine unzufriedene Wohlstandsgesellschaft neigt zum Trotz und rächt sich irgendwann auf eigentümlich-gefährliche Weise an den Herrschenden. Die jüngste Regierung ist angetreten, genau das zu verhindern. Sie weiß, dass es bereits im Volk brodet. Regierung, Land und ganz Europa stehen unter Bedrängnis – von innen und von außen. Die Welt sortiert sich gerade neu.

Und sie tut es nicht zu ihrem Besten. Frieden, Ordnung, Freiheit und Demokratie stehen auf dem Spiel. Nicht zuletzt verlangt auch die Natur ihren Tribut. Das zivilgesellschaftliche Europa steht unter erheblichem Druck. China kauft die Welt, Putin lässt seinen imperialistischen Gelüsten freien Lauf und auf die USA ist kaum noch Verlass.

Erforderliche Ausgaben für Polizei und Zoll, aber auch für Bildung, soziale Sicherung, Militär, Sicherheit, technische Resilienz, Energieversorgung, Rechtsstaat, Demokratie u. v. m. steigen und die Ressourcen werden knapp. Die Zeiten, in denen jedes Jahr das große Mehr politisch zu vertei-

len war, sind längst vorbei. Und Steuererhöhungen sind selten eine kluge Idee. Umso unverständlicher erscheint es uns, dass die schlummernden milliardenschweren kriminellen Vermögen unangetastet bleiben, obwohl seit langer Zeit taugliche Konzepte auf dem Tisch liegen, diesen „Schatz“ zu heben und für die Finanzierung öffentlicher Investitionen zu nutzen.

Verdächtige Vermögen einziehen

Seit mehr als einem Vierteljahrhundert kämpft die GdP dafür, dass genau dieser „Schatz“ mit seinen vielen Milliarden verdächtiger Euro krimineller oder ungeklärter Herkunft in einem Verwaltungsverfahren gezielt aufgespürt und eingezogen wird. Er könnte Teil der zukünftigen Haushaltsfinanzierung werden. Sämtliche bisherigen Regierungen haben es aber bis jetzt unterlassen, die auf dem Tisch liegenden Gesetzentwürfe aus der Wissenschaft und die GdP-Vorschläge für eine dafür nötige Zoll- oder Finanzpolizei in die Tat umzusetzen. Tatsächlich haben zwar SPD, CDU/CSU, Grüne und auch die FDP alle politischen Beschlüsse für eine solche Zoll- oder Finanzpolizei, dennoch ist seit 1998 in den verschiedenen Legislaturperioden nichts dergleichen passiert. Und so freuen sich Mafia & Co., dass sie ihr umfangreiches ergaunertes Vermögen wunderbar und ungestört nutzen und mehren können. ■





NOVELLE BUNDESPOLIZEIGESETZ

GdP-Meinung zum aktuellen Referentenentwurf

Die Anpassung des Bundespolizeigesetzes (BPolG) ist schon lange überfällig – schließlich stammt es zum Großteil noch aus dem Jahr 1994. Nach bereits mehreren Anläufen der Politik soll es nun endlich klappen mit der Novellierung. Wir als GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll fordern dies schon lange und haben nun erneut unsere Stellungnahme abgegeben, diesmal zum aktuellen Referentenentwurf.

GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll

Foto: AdobeStock #327534517 | Stefan Högl



Dieser Referentenentwurf stellt einen Schritt in die Richtung eines funktionierenden, zeitgemäß organisierten und effektiven Grenzschutzes dar.

Was gut ist

Positiv finden wir, dass im neuen Entwurf das Ausstellen von Kontrollquittungen und die Kennzeichnungs- und Legitimationspflicht entfallen.

Erfreut sind wir auch darüber, dass die Schleuserkriminalität mit ihren hochkriminellen Strukturen als lebensbedrohliche Gefahr erkannt wurde und viele Regelungen geschaffen wurden, mit denen die Bundespolizei effektiver gegen diese vorgehen kann.

Ausdrücklich begrüßen wir, dass die Bundespolizei im Bereich der Gefahrenabwehr für die Erfüllung ihrer Kernaufgaben

einige notwendige neue Befugnisse erhält – insbesondere die Befugnis zur Onlinedurchsuchung, zur Wohnungsüberwachung, die Quellen-TKÜ und die Befugnisse zur Befragung und für Kontrollen im Zusammenhang mit Waffenverbotszonen.

Was aber klar sein muss: Die geplanten Änderungen werden allerdings auch einen deutlichen Aufwuchs im Personal- und Sachhaushalt erforderlich machen. Wir müssen infrage stellen, ob der dargestellte Erfüllungsaufwand realistisch und vollständig ist. Zusätzliche Kosten sind vom Haushaltsgesetzgeber einzustellen. Dringend notwendig ist zum einen ein struktureller Personalaufwuchs nicht nur an allen grenznahen Dienststellen – dauerhaft und über temporäre Umsetzungen oder Abordnungen hinaus – sowie zum anderen eine deutlich verbesserte materielle Ausstattung, insbesondere wettergeschützte und flexible Kontrollinfrastruktur

(schnellstmögliche Umsetzung der Konzeption zur Grenzpolizeilichen infrastrukturellen Vorsorge GISV). Wir fordern ein Sofortprogramm zur Stärkung der Grenzpolizei, das gezielt auf Gesundheitsschutz, Ausstattungssicherheit und nachhaltige Entlastung der Dienststellen ausgerichtet ist. Der Bund muss seiner Verantwortung als Dienstherr gerecht werden – auch im Sinne der überlasteten Bundesbereitschaftspolizei. Die Kolleginnen und Kollegen im Grenzdienst arbeiten vielerorts am Limit. Die Gefahr psychischer und physischer Überlastung ist real und darf nicht länger ignoriert werden.

Wo es noch besser ginge

Bestimmte Aspekte – insbesondere mit Blick auf die Zusammenarbeit an den Landbindungsgrenzen mit europäischen Partnern – kommen im Gesetzentwurf noch zu kurz. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Schengenraum braucht eine stärkere Berücksichtigung und einen eigenen Regelungsteil im neuen BPolG. Es darf trotzdem nicht aus dem Blick geraten, dass neben der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auch die nationale Zusammenarbeit mit Landesbehörden große Bedeutung hat.

Auch nutzt der Referentenentwurf die Chance nicht, auch Befugnisse im Zusammenhang mit der Verwendung von KI, beispielsweise zur Gesichtserkennung und Bewegungsmustererkennung, einzuführen.

Zudem halten wir in Ermangelung einer konkreten Regelung für allgemeine Kontrollbefugnisse eine Anpassung für zwingend notwendig.

Fazit

Der Entwurf ist ein wichtiger und längst überfälliger Schritt. Wir werden das Gesetzgebungsverfahren natürlich weiter begleiten und euch informieren, sobald es Neuigkeiten gibt.

Unsere Stellungnahme zum Referentenentwurf des Gesetzes zur Modernisierung des Bundespolizeigesetzes (BPolG-ModG) könnt ihr hier abrufen. ■





GESETZ ÜBER DEN UNMITTELBAREN ZWANG

DEIG wird als Waffe ins UZwG aufgenommen

Mit der Änderung des UZwG, des Gesetzes über den unmittelbaren Zwang, soll unter anderem der Einsatz von Distanz-Elektroimpulsgeräten (DEIG) auf eine rechtssichere Grundlage gestellt werden.

GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll



Foto: GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll

Die GdP unterstützt die gesetzliche Regelung zum Einsatz von Distanz-Elektroimpulsgeräten ausdrücklich.

Positiv ist

Es ist richtig und notwendig, dass unsere Kolleginnen und Kollegen bei der Anwendung dieses Einsatzmittels rechtssicher handeln können.

Aber

Wir sehen jedoch die geplante Einordnung als Waffe nach § 2 Abs. 4 UZwG als zu eng an. Aus Sicht der GdP wäre eine Einordnung als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt gemäß § 2 Abs. 3 UZwG sachgerechter, praxistauglicher und rechtsstaatlich geboten.

Wichtig vor einem flächendeckenden Einsatz von DEIG ist zudem eine intensive Aus-

und Fortbildung aller nutzungsberechtigten Einsatzkräfte!

Plus

Die Möglichkeit, eine klare polizeirechtliche Regelung des „finalen Rettungsschusses“ zu schaffen, hier eine neue Ermächtigungsgrundlage im UZwG, wurde bei der Überarbeitung leider nicht genutzt. Die GdP fordert seit Jahren den Gesetzgeber zu einer eindeutigen Regelung des „finalen Rettungsschusses“ auf.

Unsere offizielle Stellungnahme im Rahmen der Verbändebeiträge zum Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über den unmittelbaren Zwang (UZwG) könnt ihr über den QR-Code abrufen. ■



KOLUMNE BEKLEIDUNG & AUSSTATTUNG

Neues Polizeigewehr für die Bundespolizei

Steffen Ludwar

Vorstand GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll

In nahezu allen Bereichen wird das neue Polizeigewehr die zum Teil über 40 Jahre alte MP5 – einschließlich der MP5e – ablösen.

Viele fragen sich jetzt sicher: welches Modell, von welchem Hersteller? Das steht im Rahmen der europaweiten Ausschreibung noch nicht fest. Die zuständige Arbeitsgruppe (AG NPG) hat jedoch klare Leistungsanforderungen definiert. Nun liegt es an den Herstellern, diese Vorgaben in ein „Bundespolizeigewehr“ umzusetzen. Alle technischen Eckdaten wurden offen und transparent auch mit dem zuständigen Personalrat besprochen. Natürlich gibt es noch einige Herausforderungen – etwa im Bereich der Schießanlagen der Bundespolizei –, die jedoch im Laufe der Zeit gelöst werden sollen.

Wir bleiben für euch am Ball und informieren, sobald es neue Entwicklungen gibt.

Noch Fragen oder Anregungen? Dann schreibt uns einfach an einsatzerfahrungen@gdp-bundespolizei.de. ■



Foto: GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll



DAUERSTRESS IM DIENSTALLTAG

Überlastung in der Bundespolizei – ein Thema, das uns alle betrifft

In der Bundespolizei gehört Überlastung längst zum Alltag vieler Kolleginnen und Kollegen. Ob an den Grenzen, in den bahnpolizeilichen Aufgabenbereichen, an Flughäfen oder in der Fahndung – die Einsatzdichte steigt, während die Personaldecke dünn bleibt.

Roland Voss

Lange Schichten, Überstunden, Sondereinsätze, wechselnde und oft unplanbare Dienste sowie eingeschränkte Freizeitmöglichkeiten führen dazu, dass Belastungsgrenzen regelmäßig überschritten werden. Auch eine dauerhaft hohe Grundbelastung führt zwangsläufig zu Überlastung.

Die Überlastungsanzeige – kein Makel, sondern Schutz

Ein zentrales Mittel, um auf diese Situation hinzuweisen, ist die Überlastungsanzeige.

Sie ist keine Kritik am Vorgesetzten und schon gar kein Eingeständnis von Schwäche. Vielmehr schützt sie die Beschäftigten – und dokumentiert zugleich, dass die Verantwortung für mögliche Fehler nicht bei den Kolleginnen und Kollegen liegt.

Mit ihr wird die Dienststelle verpflichtet, die Situation zu prüfen und – soweit möglich – Abhilfe zu schaffen.

Denn: Überlastung ist kein individuelles Versagen, sondern das Ergebnis struktureller Unterbesetzung – und dafür braucht es politische Lösungen.

Rechtliche Dimension

Juristisch gesehen ist die Überlastungsanzeige ein wichtiges Instrument:

- Schutz für die Beschäftigten: keine persönliche Haftung, wenn Aufgaben aufgrund objektiver Überlastung nicht vollständig erfüllt werden können.
- Pflicht für die Dienststelle: Prüfung und gegebenenfalls Abhilfe sind zwingend geboten.
- Relevanz für den Arbeitsschutz: Anzeigen sind eine Grundlage für realistische Gefährdungsbeurteilungen.
- Wer eine Überlastungsanzeige schreibt, zeigt nicht Schwäche, sondern Verantwortung – für die eigene Gesundheit und für die Sicherheit anderer.

Erfahrungen aus der Praxis

Dennoch zögern nach wie vor viele Kolleginnen und Kollegen, eine Überlastungsanzeige zu schreiben. Die Sorge, „unangenehm aufzufallen“, ist weit verbreitet. Doch die Erfahrung zeigt: Überlastungsanzeigen haben Wirkung.

Sie bündeln Probleme, machen strukturelle Defizite sichtbar und liefern uns als Gewerkschaft und als Personalräten Argumente, um sowohl auf politischer als auch auf behördlicher Ebene Veränderungen einzufordern.



Foto: GdP-Bereich Bundespolizei | Zoll

Überlastungsanzeige: 3 Fakten auf einen Blick

1. Schutzschild für Beschäftigte

Eine Überlastungsanzeige dokumentiert, dass Aufgaben unter den gegebenen Bedingungen nicht vollständig oder fehlerfrei leistbar sind. So wird die persönliche Verantwortung abgesichert.

2. Pflicht zur Reaktion

Die Dienststelle muss die Situation prüfen und – soweit möglich – organisatorische oder personelle Maßnahmen ergreifen.

3. Signal mit Wirkung

Überlastungsanzeigen machen strukturelle Probleme sichtbar und schaffen die Grundlage für realistische Gefährdungsbeurteilungen sowie gewerkschaftliche Argumentation.

Unsere Botschaft

Überlastung ist kein individuelles Versagen. Sie ist Ausdruck struktureller Unterbesetzung und falscher Prioritätensetzung in der Bundespolizei.

Gesundheit, Sicherheit und Professionalität dürfen in der Bundespolizei nicht der Dauerüberlastung geopfert werden.

Nur wenn wir diese Probleme offen ansprechen, können wir Verbesserungen erreichen.

Gesundheit, Sicherheit und Professionalität dürfen nicht auf der Strecke bleiben. ■



GdP-KREISGRUPPE KASSEL

Langjähriges Jubiläum

Thomas Weichert

Foto: GdP/Thomas Weichert



Andreas Wrobbel (links im Bild) beging im Juli dieses Jahres sein 50. Gewerkschaftsjubiläum.

Der heute 66-Jährige begann am 1. September 1974 seine Ausbildung zum „Bundesbahnaspiranten“ bei der Deutschen Bundesbahn in Hofheim im Taunus. Ein Jahr später erfolgte die Übernahme als Beamter in den einfachen Dienst und 1983 in den mittleren Dienst der Deutschen Bundesbahn. 1985 entschied sich Andreas Wrobbel, zur Bahnpolizei zu wechseln, absolvierte die Ausbildung bei der Bahnpolizeischule in München-Freimann und wurde anschließend bei der Bahnpolizeiwache in Frankfurt am Main im Hauptbahnhof eingesetzt. 1992 erfolgte die Überleitung in den damaligen BGS. Von 1993 bis 2009 war Andreas Sachbearbeiter in der Lage- und Einsatzzentrale beim Bahnpolizeiamt Frankfurt/Main in Eschborn. In dieser Zeit (2006) absolvierte er auch erfolgreich den begrenzten Aufstieg in den gehobenen Dienst. Im Jahr 2009 fand Andreas Wrobbel eine neue Verwendung bei der BPOLI Kassel und 2013 wurde er in seine Heimatstadt zum Revier Fulda umgesetzt. Im Oktober 2020 folgte der Eintritt in den Ruhestand als POK.

Andreas ist leidenschaftlicher Koch und ist mit seiner Frau regelmäßig auf Reisen.

Thomas Weichert (rechts im Bild), Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Kassel, ehrte den Jubilar. Neben der Aushändigung der Dankesurkunde überreichte er ein kleines Präsent der Kreisgruppe. ■

GdP-DIREKTIONSGRUPPE FLUGHAFEN FRANKFURT AM MAIN

40 Jahre treues GdP-Mitglied mit Herz und Einsatz

Ralph-Michael Koch

Mit Stolz und Anerkennung blickt die GdP-Direktionsgruppe Flughafen Frankfurt am Main auf 40 Jahre Mitgliedschaft von Ernst Reinel zurück. Der inzwischen pensionierte Jubilar wurde im Beisein von mehreren Vorstandsmitgliedern für seine Treue und sein unermüdliches Wirken in unserer Solidargemeinschaft geehrt.

Zahlreiche Fort- und Weiterbildungen

Ernst Reinel begann seine Laufbahn am 4. April 1972 beim damaligen Bundesgrenzschutz in Hünfeld. Seine dienstliche und gewerkschaftliche Karriere war stets geprägt von Engagement, Kollegialität und einer besonderen Leidenschaft für das Miteinander.

Geboren 1953 in Niederkalbach, absolvierte er über die Jahre zahlreiche Fort- und Weiterbildungen. Nach seiner Ausbildung zum Technischen Zeichner wurde er unter anderem zum Fahrlehrer für mehrere Führerscheinklassen, zum Schießlehrer, Schirrmeister sowie Kontrollgruppenführer ausgebildet. Sein beruflicher Weg führte ihn durch viele Stationen im Bundesgrenzschutz und später in der Bundespolizei – stets begleitet von der Bereitschaft, sich neuen Aufgaben zu stellen.

Engagement in der GdP

Besonders hervorzuheben ist sein Engagement innerhalb der GdP. Als Kreisgruppen- und später Direktionsgruppenvorsitzender setzte er sich über viele Jahre aktiv für die Belange seiner Kolleginnen und Kollegen ein. „Zu meinen schönsten Erinnerungen während meiner Zeit als GdP-Kreis- bzw. Direktionsgruppenvorsitzender gehören sicherlich die durchgeführten Fußball-

turniere und Weihnachtsfeiern in Bonames“, erinnert sich Reinel. Unvergessen bleibt für ihn insbesondere das legendäre GdP-Fußballturnier im Sommer 2006, das während der Fußball-Weltmeisterschaft stattfand und für ein besonderes Gemeinschaftsgefühl sorgte.

Dank für unermüdlichen Einsatz

Ernst Reinel trat im März 2013 in den Ruhestand. Heute lebt er mit seiner Lebensgefährtin im Raum Fulda und blickt zufrieden auf eine erfüllte berufliche Laufbahn zurück.

Die GdP dankt Ernst Reinel für seine langjährige Treue und seinen unermüdlichen Einsatz für die Kollegenschaft. Sein Wirken steht exemplarisch für den solidaren Geist unserer Gewerkschaft. ■



Foto: GdP-Direktionsgruppe Flughafen Frankfurt am Main

Von links: Michael Kullmann, Vorstandsmitglied der GdP-Direktionsgruppe Flughafen Frankfurt am Main gratuliert dem Jubilar Ernst Reinel.



GdP-KREISGRUPPE BUNDESBANK

Wahl eines neuen Vorstands

Christian Moog

Fotos: GdP-Kreisgruppe Bundesbank (2)



Die GdP-Kreisgruppe Bundesbank hat einen neuen Vorstand aufgestellt. Die Mitgliederversammlung hat den folgenden Vorstand einstimmig gewählt: Vorsitzender ist David Fritz, als Kassierer wurde Arne Ziplys gewählt, das Amt des Schriftführers bekleidet Marcel Schmidt und zum Beisitzer/Kassenprüfer wurde Hardy Immel gewählt.

Der Vorstand übernimmt seine Aufgaben und wird zukünftig für die Belange der Mitglieder sowie die Vertretung der Interessen der Beschäftigten gegenüber der Bundesbank eintreten. Der Wahlvorgang wurde gemäß den Satzungsbestimmungen durchgeführt. Die neue Führungsriege betont das Ziel einer transparenten Kommunikation, einer engeren Zusammenarbeit mit den

Mitgliedern und einer aktiven Mitgestaltung von tarif- sowie dienstrechtlichen Themen. Der neue Vorstand freut sich darauf, die Zusammenarbeit mit den Mitgliedern zu intensivieren und lädt alle Mitglieder zu einem offenen Austausch ein. Christian Moog, Vorsitzender der GdP-Direktionsgruppe Koblenz, hat dem neuen Vorstand gratuliert und freut sich auf die Zusammenarbeit. ■

Foto: GdP-Kreisgruppe Bad Bergzabern



GdP-KREISGRUPPE BAD BERGZABERN

Pfälzer Eiswagen für die GdP im Einsatz

Michael Koch-Erlenwein

Für den 8. Juli 2025 hatte die GdP-Kreisgruppe Bad Bergzabern mal wieder den Pfälzer Eiswagen für alle Kolleginnen und Kollegen im Standort Bad Bergzabern bestellt.

Der Termin wurde aufgrund der in dieser Woche stattfindenden Kinderferienbetreuung „Sparta Kids 2025“ gewählt. Somit konnten neben den Angehörigen der BPOLABT BBZ auch die 45 Kinder und die ausgelagerten Dienststellen der RBW, des

AFZ und der BlmA in Bad Bergzabern dem Eisgenuss fröhnen. Der Tester für den diesjährigen Eisgenuss war Marvin Krieger, BlmA (siehe Foto). Nachdem Marvin das Eis eindeutig für „super lecker“ empfunden hatte, bildete sich in kürzester Zeit eine über 50 Meter lange Schlange am Eiswagen.

Als Fazit der rundum gelungenen Aktion bleibt festzuhalten, dass auch im kommenden Jahr wieder die GdP-Eiswagen-Tradition fortgeführt wird. ■



GdP-Kreisgruppe Bad Bergzabern

40 Jahre Engagement

Michael Koch-Erlenwein

Foto: GdP-Kreisgruppe Bad Bergzabern



Kollege Jörg Schreiner (links im Bild) feierte ein ganz besonderes Jubiläum: 40 Jahre engagiertes Mitglied in der GdP. Der stellvertretende Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe Bad Bergzabern, Michael Koch-Erlenwein (rechts im Bild), ehrte Kollege Schreiner standesgemäß für seine langjährige Mitgliedschaft und Treue in unserer GdP. Da beide gemeinsam 1982 in einer Bundeswehrkaserne in Nörvenich in den Bundesgrenzschutz eingestellt wurden, gab es natürlich sehr viel über die vergangenen Jahrzehnte zu erzählen. Die Reise ging unter anderem vom Feldkabelbau mit Kabeltrommel auf dem Rücken bis hin zum modernsten Kommunikationsmittel der Bundespolizei, da beide lange im Fernmeldedienst des Bundesgrenzschutzes bzw. der Bundespolizei ihren Dienst verrichteten.

Am Ende der Ehrung wurde natürlich, wie in der Südpfalz üblich, noch mit einem Glas exklusivem Pfälzer Wein angestoßen und gebührend gefeiert. Wir sagen DANKE für 40 Jahre Engagement, Zusammenarbeit und Unterstützung in der GdP-Kreisgruppe Bad Bergzabern. ■

GdP-Kreisgruppe Walsrode

GdP-Team Walsrode zeigt Einsatz für die Gemeinschaft

Vorstand GdP-Kreisgruppe Walsrode

Die GdP-Kreisgruppe Walsrode war wieder für die Menschen vor Ort aktiv: Strandfest in Dorfmark und mit viel Freude beim großen Festumzug präsent.

Besonders hervorzuheben ist das Mitwirken von Jens Biermann (links im Bild) vom GdP-Team Walsrode, der sich im Namen der Gewerkschaft der Polizei für die gute Sache einbrachte und bei der Umzugsbeteiligung mit Herz und Hand seine Freunde und Familie dabei unterstützte. Mit strahlendem Lächeln verteilten sie Süßigkeiten an die Kinder am Straßenrand – und sorgten damit für viele glückliche Gesichter. „Die Begeisterung der Kin-

der und das Lächeln der Familien sind die beste Bestätigung für unser Engagement“, so Jens.

Mehr als Gewerkschaftsarbeit – gelebte Solidarität

Die Gewerkschaft der Polizei steht nicht nur für die Interessenvertretung ihrer Mitglieder, sondern auch für ein starkes soziales Fundament. Ehrenamtliches Engagement wie in Dorfmark ist dafür ein lebendiges Beispiel: Die GdP macht deutlich, dass sie nicht nur für ihre Mitglieder, sondern für die gesamte Gesellschaft Verantwortung übernimmt. ■



Foto: GdP-Kreisgruppe Walsrode


GdP-FACHGRUPPE BALM

Herzlich willkommen im BALM

Am 1. August 2025 war es so weit: Der neue Ausbildungsjahrgang hat im Bundesamt für Logistik und Mobilität (BALM) seine Ausbildung begonnen. Junge, motivierte und aufgeschlossene Kolleginnen und Kollegen starteten an diesem Tag ihren Weg ins Berufsleben, und wir heißen sie herzlich willkommen.

Alexander Haimerl

Ein wichtiger Bestandteil des Ausbildungsstarts ist die Einführungswoche, die vom 11. bis 15. August stattfand. In dieser Zeit lernten die neuen Auszubildenden nicht nur die Strukturen und Aufgaben des BALM kennen, sondern auch die Menschen, die hinter der Arbeit unserer Behörde stehen.

Neben der Behördenleitung stellten sich die einzelnen Abteilungen und Referate vor, ebenso wie die verschiedenen Interessenvertretungen.

Der Gesamtpersonalrat (GPR), unter Führung der GdP, nutzte die Gelegenheit, um über seine Aufgaben und die aktuelle Arbeit zu berichten. Dabei wurde verdeutlicht, wie wichtig eine starke Interessenvertretung für die Beschäftigten ist – gerade auch für die Nachwuchskräfte.

Natürlich stehen die im Haus vertretenen Gewerkschaften den Kolleginnen und Kollegen unterstützend zur Seite. In diesem Zusammenhang wurde erklärt, warum es Gewerkschaften gibt, welche Ziele sie verfolgen und welche Gewerkschaften aktuell im BALM vertreten sind.

Die Fachgruppe BALM der GdP ließ es sich nicht nehmen, die neuen Kollegin-



Foto: GdP-Fachgruppe BALM

nen und Kollegen persönlich willkommen zu heißen. Als kleines Zeichen der Wertschätzung und Unterstützung wurden GdP-Willkommenstaschen (Foto) überreicht – gefüllt mit nützlichen Informationen und kleinen Aufmerksam-

keiten für den Start in den neuen Lebensabschnitt.

Wir wünschen allen Auszubildenden einen erfolgreichen und spannenden Start in ihre berufliche Zukunft beim BALM und freuen uns auf die Zusammenarbeit. ■

DP – Deutsche Polizei
Bundespolizei | Zoll

ISSN 0949-2836

Geschäftsstelle
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (0211) 7104-0
Telefax (0211) 7104-555
www.gdp-bundespolizei.de

Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Simone Krummen (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (0211) 7104-0
info@gdp-bundespolizei.de

Saskia Galante
Telefon (0211) 7104-514
galante@gdp-bundespolizei.de

Die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität aller Inhalte trotz sorgfältiger Prüfung ohne Gewähr. Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Artikel gekürzt und redigiert zu veröffentlichen. Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen in der Verantwortung des Autors. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise, nur mit expliziter Genehmigung.